

MARKTGEMEINDEAMT SCHRUNS

Verhandlungsschrift

über die am **Mittwoch, den 07.10.1987, um 20.15 Uhr** im Sitzungssaal der Marktgemeinde Schruns stattgefundene **29. öffentliche Sitzung der GEMEINDEVERTRETUNG.**

Anwesend: Bürgermeister Harald WEKERLE als Vorsitzender, Vizebürgermeister Gerhard REBHOLZ, die Gemeinderäte Gerhard WILLE und Dipl.Vw. Otmar TSCHANN, sowie die Gemeindevertreter, bzw. Ersatzleute Peter VONBANK, Ing. Rudolf HAUMER, MR.Dr. Hermann SANDER, Hans NEYER, Jakob GANAHL, Ing. Kurt PRAUTSCH, Wilhelm GANTNER, Dr. Hansjörg CZINGLAR, Max DOBLER und Otmar VALLASTER für die ÖVP; Mag. Manfred HANISCH, Franz NETZER und Werner BITSCHNAU für die SPÖ und Parteifreien; Mag. Siegfried NEYER, Dr. Edgar DÜNGLER, Siegfried GRASS, Ernst FITSCH und Gebhard MARENT für die FPÖ und parteifreien Bürger; Schriftführer: Gemeindegeschäftsführer Dr. Oswald HUBER.

Entschuldigt abwesend: GR Ing. Werner NETZER, GR Ludwig KIEBER, GV Dipl.Ing.Dr. Ernst Pürer, GV Fritz Netzer, GV Rudolf Lischka jun., GV DDR. Heiner Bertle und GV Manfred KONZETT;

Abwesend: GV Mag.Dr. Siegfried Marent

Die Zustellung der Einladung zur gegenständlichen Sitzung erfolgte gemäß den Bestimmungen des Gemeindegesetzes zeitgerecht.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die anwesenden Mandatäre und Zuhörer und stellt die Beschlußfähigkeit fest.

Vor Eingang in die Tagesordnung wird über Antrag des Vorsitzenden einstimmig beschlossen, der Berufung des Herrn Direktor Franz Rüdiger (Fassadengestaltung) die Dringlichkeit zuzuerkennen und in die heutige Tagesordnung aufzunehmen (Tagesordnungspunkt 9).

GV Mag. Siegfried NEYER möchte in Ergänzung des, in der letzten Sitzung unter Tagesordnungspunkt 1 behandelten Beitrages zum Maßnahmenkatalog des Forstfonds Montafon die Vorarlberger Zementwerke AG als weitere Beitragspflichtige anführen, da dies insbesondere auf Grund der dortigen Emissionen gerechtfertigt erscheint. Der Vorsitzende wird diese Ergänzung an den Stand Montafon weiterleiten.

Erledigte Tagesordnung:

- 1) **Berichte des Bürgermeisters;**
- 2) **"Essen auf Rädern"**, Einführung der Aktion (Antrag des Gemeindevorstandes);
- 3) **Katastropheneinsatzplan**, Antrag des Gemeindevorstandes;
- 4) **Erneuerung der Heizungsanlage VS-Dorf, HS-Dorf, Gemeindehaus**, Überprüfung alternativer Energieträger im Zusammenhang mit der Heizungserneuerung und im Hinblick auf die Verbesserung der Schrunser Luftqualität (Antrag der Fraktion FPÖ und parteifreie Bürger);
- 5) **Energieberater**, Einsatz eines Energieberaters für alle Objekte und Vorhaben der Gemeinde (Antrag der Fraktion FPÖ und parteifreie Bürger);
- 6) **Bundesstraße B 188**, Vorlage des neuesten Landesvorschlages und Bericht des Bürgermeisters über seine Anstrengungen zum Schutz der Schrunser Bürger im Gantschier (Antrag der Fraktion FPÖ und parteifreie Bürger);
- 7) **Ausnahmegenehmigung bezüglich der Firstrichtung**, Antrag des Roland Düngler, Fratteweg 47;
- 8) **Entscheidung über Berufung**: Anton Gurschler - Grundtrennungsbescheid;
- 9) **Allfälliges.**

zu 1)

Der Vorsitzende berichtet über:

- a) das Tiefgaragenprojekt Armenhausbühel. Trotz zweier Informationsveranstaltungen sowie des großen Engagements von Herrn Ernst FITSCH konnten nur 18 Interessenten gefunden werden. So sind z.B. die Verhandlungen mit den Vertretern der VIW gescheitert. Das von der Gemeindevertretung beschlossene Limit von mindestens 40 Einstellplätzen wurde somit nicht erreicht, weshalb dieses Projekt nicht mehr weiter behandelt wird.
- b) die stattgefundene Sitzung des Verwaltungsausschusses (Hauptschulverband). Die abgeänderten Pläne wurden begutachtet und sind aus schulischer Sicht als zweckmäßig angesehen worden. Insbesondere erfolgte eine Umstellung der Umkleidekabine, Toilette, Garderoben und Geräteraum. Der Bauausschuß wird sich demnächst damit befassen. In der vorletzten Sitzung wurden folgende Architektenleistungen an das Büro Thurnher vergeben: Vorentwurf, Entwurf, Einreichung, künstlerische Oberleitung. Die anderen Teilleistungsfaktoren sowie Bauleitung und Statik wurden beschränkt öffentlich ausgeschrieben. Die Detailplanung wurde an das Büro Oskar Ganahl/Künzle, die Bauleitung Ing. Ru-

dolf Haumer und Statik an das Büro Manahl, als jeweilige Bestbieter vergeben. Hinsichtlich der Finanzierung des Turnhallen-neubaus wurden verschiedene Angebote eingeholt.

Die Gemeinde Vandans habe zusätzliche Leistungen seitens der Marktgemeinde Schruns gefordert, wogegen die anderen Gemeinden den bereits beschlossenen Finanzierungsschlüssel erneut bestätigten.

Unter der Voraussetzung, daß die in den Angeboten angeführte Kautionspflicht nicht der MWSt.-Pflicht unterliegt, wurde die Finanzierung durch "Länderbank Leasing" (günstigste Angebot) einstimmig beschlossen.

- c) die erfolgten Umsatzsteuerprüfungen durch das Finanzamt. Aufgrund dieser Prüfung wurde eine Nachzahlung von S 835.000,- gefordert, wobei alleine S 750.000,- auf die empfangenen Illwerkegelder entfallen, welche seitens des Finanzamtes als Mehrwertsteuerpflichtig angesehen worden sind. Dieser Betrag wird den Vorarlberger Illwerken in Rechnung gestellt, welche vorsteuerabzugsberechtigt sind.
- d) die in der Generalversammlung der Hochjochbahnen GesmbH. erfolgte Neuwahl in den Aufsichtsrat: Ernst FITSCH zusätzlich zu Bürgermeister Harald WEKERLE und Altvizebürgermeister Georg BRUGGER.
- e) die Neueröffnung der Musikschule im Raiffeisenlagergebäude, welche am 18.10.1987 im feierlichen Rahmen stattfindet.

In der letzten Verwaltungsausschußsitzung wurde auf Anfrage zweier Gemeinden angeregt, daß die ermäßigte Beitragsleistung nur mehr Kindern und Jugendlichen - die Altersgrenze wird mit dem Zeitpunkt des Wegfalls der Familienbeihilfebezugsberechtigung festgelegt - sowie aktiven Musikern der Harmoniemusiken des Tales, zusteht.

- e) den von der "NEUEN" abgehaltenen Blumenschmuckwettbewerb, aus welchem die Marktgemeinde Schruns als Landes-Siegerin in der Kategorie über 2500 Einwohner hervorgegangen ist.
- f) das Alpenbad, dessen Frequenz durch das ungünstige Wetter sehr stark zurückgegangen ist. Heuer wurden 39 300 Besucher gezählt, 54 000 im Vorjahr. Dies hatte ein Minus von 34,6 % an Einnahmen zur Folge. Die Sanierungsarbeiten (Beckenanstrich) werden weiter fortgesetzt.

zu 2)

Die Aktion Essen auf Rädern wurde bereits in verschiedenen Gemeinden eingeführt und hat allgemein sehr guten Anklang gefunden. Sie wird auch in der Marktgemeinde Schruns wichtige Funktionen wahrnehmen.

Auf Grund der getätigten Umfrage konnte ermittelt werden, daß sich 12 Personen sofort und 13 bis 15 Personen in absehbarer Zeit daran

interessiert zeigen. Das Mittagessen, das an 5 bzw. 6 Tagen in der Woche ausgefahren wird, wird in der Küche des Krankenhauses St. Josefsheim zubereitet und mittels einer Zustellperson in Tragboxen zugestellt. Zwei Menüs stehen zur Wahl: normales Menü und Schonkost. Der Wochenplan wird zeitgerecht zugestellt um ein Umdisponieren zu ermöglichen. Die Aktion soll den betagten Mitbürgern der Gemeinde nicht nur eine Hilfestellung bieten, sondern auch den Kontakt mit der Außenwelt sicherstellen.

Die Anstellung einer/eines zusätzlichen Bediensteten (Teilzeitbeschäftigung) ist notwendig, da die Zustellung mittels Gewerbetreibenden wesentlich teurer käme.

Der Gemeindevorstand hat die vom Verwalter des Krankenhauses vorgelegte Kalkulation, wonach sich eine Mahlzeit auf ca. S 70,-- (+ MwSt.) beläuft, eingehend beraten. Darin sind die Kosten für Personal, Zustellung und Fixkostenanteil (ca. S 25,-) enthalten.

Der Arbeitsaufwand wird sich voraussichtlich auf zwei Stunden pro Tag belaufen, wobei ca. 20 km zu fahren sind. An km-Geld werden die üblichen S 3,70 plus einem Zuschlag von S 1,30, welcher zu versteuern ist, vergütet.

Der Vorschlag des Gemeindevorstandes lautet dahingehend, für Ausgleichszulagenbezieher S 40,-- ansonsten S 60,-- (+ MWSt) pro Menü zu verrechnen. Der Abgang wird sich ohne Abschlag der Fixkosten um die S 50.000,-- bewegen.

Der Gemeindevorstand stellt den Antrag, die Aktion mit 1. Nov. 1987 zu starten und die benötigten Trageboxen mit Wärmeschrank von der Firma Rein um S 150.000,-- (exkl. MWSt.) anzukaufen, die diesbezügliche Rechnungslegung erfolgt im Jahre 1988 (ohne Zins).

Hinsichtlich der Personaleinstellung wird vorgeschlagen, Frau Johanna Fedele, welche sich derzeit in Karenz befindet, mit dieser Arbeit zu betrauen. Die Verwaltung erfolgt über das Gemeindekrankenhaus.

Auf die Frage der Finanzierung - die Kosten sind im Budget nicht gedeckt - antwortet der Vorsitzende, daß die Bezahlung von Geschirr und Wärmeschrank erst im Jahre 1988 ansteht, die Entlohnung der Frau Johanna Fedele wird durch die einzustellende Karenzzahlung abgedeckt, die Sachaufwendungen werden durch die Einnahmen gedeckt.

Dr. Dügler spricht die Vor- und Nachteile des Angestelltenverhältnisses an, da die Gemeinde für evtl. Schäden am PKW sowie Unfallsfolgen einzustehen hätte, weshalb er einen Werkvertrag für besser erachte. Der Vorsitzende sichert zu, sich mit dieser Frage noch zu befassen.

Für GR Dipl. Vw. Otmar Tschann stellt die derzeitige Preisstaffelung S 40,-- und S 60,-- nur einen vorläufigen Vorschlag dar. Seiner Meinung nach verlaufen die Grenzen zu abrupt. Nach einer bestimmten Zeit werde zu überprüfen sein, ob nicht eine Zwischenstaffelung (evtl. S 50,--) vorzunehmen sein wird.

MR.Dr. Hermann Sander spricht der Gemeinde im Namen der Ärzteschaft seinen Dank aus und betont vor allem auch die Wichtigkeit des Kontaktes zur Außenwelt.

Unter der Voraussetzung, daß die Haftungsfrage abgeklärt wird, wird einstimmig beschlossen, dem Antrag des Gemeindevorstandes stattzugeben.

zu 3)

Der Katastropheneinsatzplatz ist im Grundgerippe zwar schon seit längerer Zeit vorhanden, formal jedoch noch nicht behandelt worden. Drei Kopien des Katastropheneinsatzplanes wurden an die Fraktionen bereits zugestellt. Die Beschreibung der absehbaren Katastrophen wird in Zusammenarbeit mit der Gebietsbauleitung der Wildbach- und Lawinenverbauung nachgeholt, derzeit ist nur ein provisorisches Gefahrenzonenkonzept angeführt. Weitere Ergänzungen und eine ständige Überarbeitung bzw. Erneuerung sind notwendig.

Auf die Frage von Ernst FITSCH über die Einbeziehung der Hochjochbahnen GesmbH bei Schneerutschen antwortet der Vorsitzende, daß dies unter " Seilbahnen" angeführt ist.

Nach Ansicht von Wilhelm GANTNER könne ein Katastropheneinsatzplan niemals vollständig sein, jede Situation stelle sich anders dar. Er regt an, die VIW aufzufordern, den seinerzeit erstellten Warn- und Maßnahmenkatalog zu überarbeiten und das Wesentliche der Schrunser Bevölkerung mitzuteilen. Weiters wäre zu überlegen, ob nicht eine lang vorher angekündigte Übung am Platz wäre. Nach Übungen wisse man im Ernstfalle besser Bescheid (gezielteres Vorgehen). Auch GR Gerhard WILLE hält es für notwendig, daß vor allem von Seiten der VIW die Vorgangsweise in Notfällen näher erläutert und der Bevölkerung mitgeteilt wird.

Dr. Edgar DÜNGLER führt an, daß er bereits vor längerer Zeit angeregt habe, die erforderlichen Einrichtungen, wie Sonden und Fackeln der Hochjochbahnen einer Überprüfung zu unterziehen. Seiner Ansicht nach könnten die Suchaktionen auch von der Bergstation aus gestartet werden, wenn die notwendige Anzahl von Suchgeräten vorhanden ist.

Hans NEYER bringt in Erinnerung, daß ein Großteil der Aufgaben der Feuerwehr zufällt. Die Feuerwehr verfügt über einen eigenen Katastropheneinsatzplan, welcher mitübernommen werden könnte. Er schlägt vor, den vorliegenden Plan von der Feuerwehr durchforsten zu lassen.

An diese Aussagen anschließend, bittet Peter VONBANK, die Feuerwehr den vorliegenden Plan überprüfen zu lassen und darüber einen für Laien verständlichen Bericht zu erstatten.

Nach eingehender Diskussion, in welcher auch angeregt wird, daß Dipl.Ing.Dr. Ernst PÜRER als Verantwortlicher der VIW beigezogen wird, wird der vorliegende Katastropheneinsatzplan einstimmig zur Kenntnis genommen und den zuständigen Stellen übermittelt.

zu 4)

GV Mag. Siegfried NEYER berichtet, daß er anlässlich der Budgetberatung im Bauausschuß erfahren habe, daß die Heizanlage der Volksschule/ Hauptschule/Gemeindeamt erneuert werden soll. In Anbetracht des derzeitigen Waldzustandes halte er es für notwendig, sich die Installierung einer neuen Ölheizung auf Grund des derzeitigen Waldzustandes zu überlegen, weshalb der Antrag auf Überprüfung alternativer Energieträger eingebracht wurde. In diesen Überlegungen dürfen nicht nur die Kosten der Heizanlage selbst ausschlaggebend sein, man müsse auch bewerten, was uns eine saubere Luft wert ist. Er verweist in diesem Zusammenhang auch auf die Vorbildwirkung.

Der Vorsitzende berichtet, daß GV Ing. Kurt PRAUTSCH mit der Planung der Heizanlage beauftragt worden sei. Dieser berichtet, daß bereits im Krankenhaus St. Josefsheim alternative Energieträger überprüft und insbesondere Messungen an den Riedwässern vorgenommen worden sind. Dort habe sich das Problem gezeigt, daß keine Voldeckung gegeben ist und sich hinsichtlich der Ableitung der Riedwässer, welche vom Wasserwirtschaftsfonds gefördert wurde, Schwierigkeiten ergaben.

Er könne sich auch hier lediglich ein bivalentes System vorstellen, da auf eine Ölheizung sicher nicht verzichtet werden könne.

Auf Antrag des Vorsitzenden wird einstimmig beschlossen, das Büro Dipl.-Ing. Prautsch, Sachverständiger im Energiesparverein, nach Vorlage eines Offertes über die Kosten einer umfassenden Studie, damit zu beauftragen.

zu 5)

Da dieser Tagesordnungspunkt als Fortsetzung des TOP 4 zu betrachten ist, wird dieser einstimmig vertagt.

zu 6)

Die Bemühungen hinsichtlich der Neutrassierung der B 188 laufen nun schon seit mehr als 15 Jahren. Letzmalig wurde der Raumordnungsausschuß damit befaßt, wobei insbesondere der neu vorgelegte Plan - Rätikonkreuzung bis Roter Stein - zur Diskussion gestanden ist.

Den zuständigen Referenten der Landesregierung wurden die Vorschläge der Gemeinde bereits mitgeteilt. Die Gemeinde Vandans hat allerdings ihre Zustimmung dazu nicht erteilt.

In verschiedenen Besprechungen sei versucht worden, das Land zu motivieren, einen neuen Plan vorzulegen. Bis dato sei jedoch nicht viel herausgekommen.

Der Vorsitzende trägt das Protokoll der Standessitzung vor, in welcher die Gemeinde Vandans auch eine Unterflurlösung abgelehnt hat.

In der anschließenden Diskussion gratuliert GV Franz NETZER den anderen Parteien für ihren Sinneswandel. Eine Neutrassierung könne seiner Meinung nach nur unter dem Boden erfolgen. Ansonsten müsse die alte Straße für die Anrainer tragbar ausgebaut werden (breitere Straßenführung, Gehsteig, Unterführungen). Die Landschaft müsse erhalten werden. Er freue sich über den Beschluß der Gemeinde Vandans.

Dem gegenüber entgegnet der Vorsitzende, daß eine Umfahrung des Ortsteiles Gantschier angestrebt werden müsse, auf der jetzigen Terrasse halte er eine Unterflurlösung nicht für möglich.

GR Dipl. Vw. Tschann hält den Antrag der Fraktion FPÖ und parteifreie Bürger nur dann für sinnvoll, wenn die Trassierung so vorgenommen wird, daß die Gantschierer Bevölkerung von den Belastungen befreit wird.

Mag. Neyer schließt sich diesen Aussagen an und stellt den zusätzlichen Antrag, die Gantschierer Bevölkerung über die weiteren Schritte zu informieren, wobei die zuständigen Leute der Landesregierung, Landesrat Günter Vetter und Landesrat Hans Dieter Grabher, eingeladen werden sollten.

GR Wille schlägt vor, die Verwirklichung eines kurzfristigen Projektes "Gantschierstraße", welche die B 188 noch nicht unmittelbar berührt, beim Land anzuregen. Dagegen hält Mag. Hanisch nur ein Gesamtlösung unter Einbeziehung der Gemeinde Vandans für möglich. Zuerst müsse versucht werden, eine Trassierung zu finden, die von der Gemeinde Vandans akzeptiert werde. Ist eine solche nicht realisierbar, müsse versucht werden, eine Variante durchzuziehen, ohne auf die Gemeinde Vandans angewiesen zu sein.

Altvicebürgermeister Georg Brugger, Straßenmeister, wird gebeten, eine kurze Stellungnahme abzugeben. Er hält eine Verbreiterung der jetzigen Straße für nicht möglich. Die Trassierung könne seiner Meinung nach allenfalls zwischen Bahn und Ill, in Verbindung mit den erforderlichen Tunnels, erfolgen.

Auf Antrag des Bürgermeisters (weitergehender Antrag) wird stimmenmehrheitlich beschlossen, auf einer Neutrassierung linksseitig der Ill weiter zu beharren. Die Landesregierung ist im Interesse der Gantschierer Bevölkerung aufzufordern, alles daranzusetzen, um einen zügigen Fortgang zu ermöglichen (1 Gegenstimme: Franz Netzer, welcher sich für eine Unterflurlösung ausspricht).

Auf Antrag von Ernst Fitsch wird einstimmig beschlossen, die zuständigen Landesräte Günter Vetter und Hans Dieter Grabher zu einer Informationsveranstaltung einzuladen.

zu 7)

Der Bauausschuß hat sich bereits mit dem Antrag des Herrn Roland Dügler, Fratteweg 47, auf Ausnahmegenehmigung bezüglich der Firstrichtung befaßt. Die Richtlinien für Bauvorhaben im Gemeindegebiet der Marktgemeinde Schruns besagen, daß die Firstrichtung bei Hauptgebäuden in Hanglagen talwärts gerichtet sein muß.

Ing. Rudolf HAUMER ist der Ansicht, daß der geplante "Kreuzgiebel" nicht grundsätzlich gegen die Richtlinien verstoße. Außerdem handle es sich eher um eine leichte Hanglage. Die Gesamtplanung biete in Bezug auf die Proportionen ein gutes Bild.

GR Gerhard WILLE stört, daß trotz Aufforderung kein Alternativplan vorgelegt worden ist. Ihm komme es vor, als ob die Planer spekulieren. Ausnahmegenehmigungen sollten nur in begründeten Fällen erteilt werden, außerdem sollten die Architekten mehr Kompromißbereitschaft zeigen.

GV Mag. Siegfried NEYER folgt grundsätzlich den Ausführungen von Ing. Rudolf HAUMER, gibt aber zu bedenken, daß die Sicht für das hintere Haus zum Teil verstellt wird. Da es sich aber im Besitz derselben Familie befinde, könne man der Ausnahmegenehmigung zustimmen.

GR Dipl. Vw. Otmar TSCHANN führt aus, daß es sich hier um die erste Ausnahmegenehmigung im Gemeindegebiet Gamprätz handeln würde. Er sehe keinen Grund für die Erteilung einer solchen. Der Planer habe sich nicht bemüht, die Giebellage schwächer auszugestalten. Man könne nicht großzügige Ausnahmen genehmigen, wenn andererseits oft kleinliche Auflagen gemacht werden. Hier stimme die Verhältnismäßigkeit nicht mehr.

Nach GV Mag. Siegfried NEYER vermittelt der derzeitige Plan optisch einen besseren Eindruck, als die Errichtung eines breit ausladenden Satteldaches.

Mag. Manfred HANISCH führt grundsätzlich ins Treffen, daß er zwar als gewählter Gemeindemandatar mit zu entscheiden habe, er aber in solchen Sachen von der Materie selbst zu wenig verstehe. Er möchte sich deshalb der Stimme enthalten.

Nach Rudolf HAUMER sind die Richtlinien da, um ein negatives Ortsbild hintanzuhalten. Außerdem sei der Planer an das vom Bauführer vorgegebene Raumprogramm gebunden.

Mag. Manfred HANISCH verläßt den Sitzungssaal.

Es wird stimmenmehrheitlich beschlossen, die Ausnahmegenehmigung bezüglich der Firstrichtung des Objektes Schruns, Fratteweg 47, zu erteilen (10 Gegenstimmen).

zu 8)

Bgm. Wekerle übergibt den Vorsitz an Peter VONBANK, die Mitglieder des Gemeinderates sowie Dr. CZINGLAR, Siegfried GRASS, Dr. DÜNGLER und Werner BITSCHNAU enthalten sich wegen Befangenheit der Beratung und Beschlußfassung.

Die Berufung sowie deren Gegenschrift wurden bereits in der letzten Sitzung vollinhaltlich verlesen, die Schreiben von Dr. Edgar DÜNGLER vom 06.10.1987 sowie Dr. Hansjörg CZINGLAR vom 07.10.1987 werden den anwesenden Mandataren vollinhaltlich zur Kenntnis gebracht. Nach eingehender Diskussion, in welcher unter

anderem auf die Möglichkeit einer besseren Erschließung der weiter oben liegenden Grundstücke besonderes Augenmerk gelegt wird, wird stimmenmehrheitlich beschlossen, die Entscheidung zu vertagen, bis die Zufahrt ausgesteckt und das Gutachten des Geometers eingelangt ist (1 Gegenstimme: Franz NETZER).

zu 9)

Bürgermeister Harald WEKERLE übergibt den Vorsitz an Vbgm. Gerhard REBHOLZ und enthält sich wegen Befangenheit der Beratung und Beschlußfassung.

GR Dipl.-Vw Otmar TSCHANN knüpft an die die vorige Ausnahmegenehmigung an, und erinnert an die Verhältnismäßigkeit.

Nach Ansicht von Peter VONBANK ist die Fassadengestaltung lt. dem vorgelegten Plan optisch nicht schlechter als die von der Gemeinde vorgeschriebene. Außerdem könne man aufgrund einer reinen Fassadendämmung nicht verlangen, daß die Fenster geändert werden.

Willhelm GANTNER bemerkt, daß die gegenständliche Entscheidung vom persönlichen Geschmack bestimmt werde.

Es wird einstimmig beschlossen, der Berufung der Eheleute Rüdiger Folge zu geben und den erstinstanzlichen Bescheid im angefochtenen Punkte aufzuheben.

zu 10)

Otmar VALLASTER kritisiert, daß der Schrunser Vieh-Markt mit einer Landes Versteigerung zusammengefallen ist. Hinkünftig sollten im Interesse der Bauern diese Termine besser abgestimmt sein.

Ende der Sitzung: 23.50 Uhr

Schruns, am 09.11.1987

Der Schriftführer:

(Gde. Sekr.)

Der Vorsitzende:

(Wekerle)